



FLASH

Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten im Europäischen Parlament
Group of the European People's Party (Christian Democrats) and European Democrats in the European Parliament
Groupe du Parti Populaire Européen (Démocrates-Chrétiens) et Démocrates Européens au Parlement européen

Internet address: <http://www.epp-ed.eu>
<http://www.cdcsu.eu>

Pressedienst - Press Office - Service de Presse

Straßburg, 22. Oktober 2008

Andreas Schwab (EVP-ED/CDU):

Nicht mehr Bürokratie bei der Vergabe öffentlicher Aufträge!

Mit Blick auf die Abstimmung über die Richtlinie über die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge morgen im Plenum des Europäischen Parlaments hat der stellvertretende EVP-ED-Koordinator im Binnenmarktausschuss (IMCO) und zuständige Berichterstatter Andreas Schwab eine Ablehnung der Richtlinie als den sinnvollsten Weg bezeichnet: "Die Richtlinie versucht ein richtiges Ziel mit den falschen Mitteln zu erreichen", so Schwab heute in Straßburg. "Natürlich müssen auch Kommunen und die öffentliche Hand umweltfreundlich beschaffen, aber meiner Ansicht nach müssen und können sie selbst entscheiden, wie sie dies tun."

Zwar konnten dem Gesetzentwurf dank des Engagements der EVP einige "bürokratische Zähne gezogen werden". Er sehe nun die Möglichkeit vor, dass die Mitgliedsstaaten für die Ausschreibung technische Anforderungen festsetzen können- die dann bei der Beschaffungsentscheidung selbst nicht mehr berücksichtigt werden müssen. Und er sieht vor, dass Kommunen bei der Vergabeentscheidung Umwelt- und Energieauswirkungen als Zuschlagskriterien verwenden können, wobei keine Gewichtung vorgegeben ist. Folge hier: auch eine Nullgewichtung ist möglich und die Vorschrift läuft ins Leere. Am Ende bleibt nur der bürokratische Aufwand, dies zu dokumentieren.

Da die Kommunen ohnehin bereits an die bestehenden EU-Normen, wie Euro IV und V gebunden sind und nach deutschen Vorschriften der Energieverbrauch und der CO₂-Ausstoß auch heute schon wegen der Pflicht zur ordnungsgemäßen Haushalts- und Wirtschaftsführung (gemäß Art. 109ff. GG) Bestandteil der Wirtschaftlichkeitsprüfung sind und damit auch heute schon bei der Beschaffung berücksichtigt werden müssen, ist nicht klar, welchen Mehrwert die Richtlinie schafft. Schwabs Fazit: ein zusätzlicher Vorteil für die Umwelt ergibt sich nicht, sondern nur Bürokratie.

"Es wäre sehr zu bedauern, wenn aus dogmatischen Gründen die Theorie über die Praxis siegen würde und damit ein weiteres Beispiel verfehlter Anreizpolitik durchkommen würde", so der CDU-Europaabgeordnete aus Baden-Württemberg abschließend. Über die Richtlinie wird morgen im Plenum abgestimmt. Die Debatte ist für heute Abend angesetzt.

Für weitere Informationen:

Büro Dr. Andreas Schwab, MdEP, Tel.: +32 - 2 - 2837938

EVP-ED-Pressestelle, Knut Gölz, Tel.: +32 - 479 - 972144